

Peter Steinbach

„Wahrfrei auf sich selber stehen“

Exil und Widerstehen – Selbstbehauptung im Gegensatz¹

Über 30 Jahressbände der Gesellschaft für Exilforschung, ein sich über mehrere Jahre erstreckendes Forschungsprogramm der Deutschen Forschungsgemeinschaft, ein mehrbändiges Lexikon der deutschen Emigration, eine Bibliothek der Verbrannten Bücher und mehrere Forschungsstellen zur Geschichte des Exils und der Exilliteratur belegen, welchen Aufschwung die Exilforschung seit den sechziger Jahren nehmen konnte.

Das war nicht nur die Folge eines gewandelten Interesses der Öffentlichkeit, sondern nicht zuletzt auch ein Ergebnis des großen Engagements des Germanisten Wolfgang Frühwald. Er ist am 18. Januar 2019 verstorben und galt nicht nur als Fachmann der deutschen Literatur des 18. und 19. Jahrhunderts, sondern auch des Exils und der Schriftsteller, die sich nicht auf das „Dritte Reich“ eingelassen hatten, unter ihnen Reinhold Schneider. Über die Literatur des 20. Jahrhunderts hatte sich Frühwald der Exilliteratur angenähert und beeinflusste die historisch-politische Exilforschung über Jahrzehnte und über Fachgrenzen hinweg.

1981 gab er gemeinsam mit Wolfgang Schieder einen Sammelband heraus, der die bis dahin stark literaturwissenschaftlich geprägte Exilforschung beeinflusste. „Leben im Exil“, so lautete der Titel dieses Bandes, damals weitaus weniger spektakulär als die in dieser Zeit – übrigens in Ost und West – erschienenen mehrbändigen literaturwissenschaftlichen Gesamtdarstellungen.

Hinzu kam ein wachsendes Interesse an der Exilliteratur. Es erklärte sich zu einem erheblichen Teil aus dem Willen Jüngerer an einer Auseinandersetzung mit der Zeitgeschichte. Im Interesse an verfemten Dichtern und Dichterinnen schlugen sich „Abarbeitung“ an der Vergangenheit, ihre „Aufarbeitung“ und der Wille zur „Vergangenheitsbewältigung“ gleichermaßen nieder. Sich für das

1 Basis dieses Textes ist ein Vortrag, der auf der Jahrestagung der Gesellschaft für Exilforschung im August 2018 in Frankfurt/Oder gehalten wurde. Der Vortragsstil wurde weitgehend beigehalten.

Exil zu interessieren bedeutete nicht zuletzt, andere Wege zu gehen als diejenigen, die nicht nachließen, sich und ihr Fehlverhalten zu erklären und es zugleich als geradezu ausweg- oder alternativlos zu verklären. Sie sahen sich selbst als Opfer, waren als Lehrer und Hochschullehrer einflussreich und ließen zugleich Empathie mit den tatsächlichen Opfern vermischen. Dies alles erklärt, weshalb zu lange eine kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlicher Anpassung und auch individueller Selbstgleichschaltung unterblieb.

Seit den sechziger Jahren wuchsen die Bibliothekssammlungen „Verbrannter Dichter“, aber nicht einmal neue Museumspläne, die jetzt in Berlin auf die Errichtung eines Exil-Museums hinter dem Anhalter Bahnhof zielen, können darüber hinwegtäuschen, dass eine Auseinandersetzung mit der Geschichte und der Existenzform Exil bis in die achtziger Jahre ein politisches Desiderat war – vor allem auch, weil Exil nicht war, sondern, um Adorno abzuwandeln, Exil, Emigration, Migration weiterhin vorhanden blieben. Die Gegenwärtigkeit von Flucht und Exil zeigte sich ab der Mitte der achtziger Jahre von Fluchtbewegung zu Fluchtbewegung, etwa, als viele „Deutschstämmige“ aus Rumänien und wenig später aus der Sowjetunion in die Bundesrepublik übersiedelten, als die Flüchtlingszahlen Anfang der 90er Jahre mit den Balkan-Bürgerkriegen und seitdem bis in unsere Tage, vor allem mit dem Bürgerkrieg in Syrien und dem Krieg im Irak und in Afghanistan, anstiegen.

Exil ist also niemals allein zeithistorisch oder antiquarisch zu deuten oder gar zu ästhetisieren, es ist immer als gegenwärtig zu verstehen und stellt vor allem die Angehörigen der Zufluchtsgesellschaften vor die Herausforderung, sich dem Schicksal anderer zu öffnen, ihre Fluchtgründe zu verstehen, also nicht alle Probleme aus lokalen, sondern aus globalen Perspektiven zu bewerten.

Mit Flucht und Immigration stellt sich somit ein „globales“ Problem, weil Weltpolitik im lokalen Kontext bewusst gemacht wurde.² Exil bleibt Ausdruck der Enthausung von Menschen, der Bedrohung von Minderheiten durch ethnische Flurbereinigungen durch die Mehrheitsgesellschaft, der ständigen Veränderung, der politisch geformten Lebensverhältnisse der aufzunehmenden Flüchtlinge, aber auch der Zufluchtsgesellschaften.

Exil ist Existenzform ihrer ursprünglichen Heimat verlustig gegangener Menschen im Übergang der Epochen, der Zäsuren, der Wandlungen, eben ein Leben von Menschen und Kollektiven im „Transit“. Dies hatte Anna Seghers erfahren und beschrieben. Exil ist Existenzform der Vertreibung, der Enthausung,

2 Werner Schiffauer, Eine neue Bürgerbewegung, in: Ders. / Anne Eilert / Marlene Rudloff (Hrsg.), So schaffen wir das – eine Zivilgesellschaft im Aufbruch, Bielefeld 2017, S. 25.

der Entheimatung. Das hatte Klaus Mann im „Wendepunkt“ begreifen wollen. Exil hat zur Voraussetzung eine neue Beheimatung, wie es Feuchtwanger im „Exil“ beschrieb. Ernst Bloch hat im „Prinzip Hoffnung“ die Beheimatung noch einmal als Aufgabe betont. Exil verlangt so eine ständige und vielfältige Anpassung an neue Lebenssituationen und Herausforderungen. Es setzt die Fähigkeit voraus, mit dem unsicheren Morgen zu leben, mit Siegen der Verfolger, mit Kompromissen der Kräfte, auf die man sich stützt. Es verlangt Selbstgewissheit, Konsequenz in Lebenshaltung und Lebensführung. Das meinte Karl Löwith, als er die neue Situation, in die ihn Geschichte und Politik, aber auch die Gleichgültigkeit seiner Zeitgenossen und Zeitgenossinnen gestellt hatten, bewältigen musste, dies meinte er, als er sein neues Leben und seinen Vorsatz beschrieb: „Wahnfrei auf sich selber stehen.“

Zur Geschichte einer Auseinandersetzung mit der Gegenwart gehört auch die Beschäftigung mit ihrer Vorgeschichte, mit den Ereignissen, Entscheidungen und Versäumnissen. Auch die Erfahrung des Versagens gehört zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Zur präsentistisch erschlossenen Auseinandersetzung mit dem Exil zählt die Auseinandersetzung mit seiner Geschichte und zugleich mit seiner Aufarbeitung, Verarbeitung, Bewältigung. Die frühe Hinwendung einiger Literatur- und Geschichtswissenschaftler zur Exilgeschichte war deshalb stets Ausdruck der Wertschätzung, der Anerkennung, der Wiedergutmachung, der Konfrontation mit Lebensgeschichten der Verdrängung und Verleugnung.

I.

„Ich weiß, daß der Emigrant in Deutschland wenig gilt – er hat noch nie viel gegolten in einem von politischen Abenteuern heimgesuchten Land“³ – mit diesen Worten wandte sich Thomas Mann, einer der bekanntesten und vielleicht auch einer der als deutscher Emigrant nach 1945 umstrittensten Flüchtlinge, im Goethejahr 1949 an die deutsche Öffentlichkeit. Thomas Mann reagierte mit dieser resignierend klingenden Feststellung noch einmal auf frühe Vorwürfe, die ihm, dem von den Nationalsozialisten in die „Reichsacht“, wie man vielfach sagte, gebannten Literaten, Erfolgsschriftsteller, Nobelpreisträger, von Frank Thieß, einem heute weitgehend vergessenen Publizisten, gemacht worden waren. Thieß rechnete sich wie andere – Canossa, Bergengruen, auch

3 Thomas Mann, Ansprache in Goethejahr, zit. nach: Ders., Politische Schriften und Reden, Bd. 3, Frankfurt/M. 1968, S. 310.

Wiechert, der in seiner nachwirkenden Rede an die nachwachsende Generation dem Widerstand ein Denkmal setzte und zugleich die Emigration übergang – der „inneren Emigration“ zu. Er reagierte auf Manns Betrachtungen „Über die deutsche Schuld“ und eröffnete einen Grundsatzstreit über die Bewertung politischer Existenz im Deutschland der Diktatur, als er in einem offenen Brief betonte, es sei doch „schwerer“ gewesen, in Deutschland „seine Persönlichkeit zu bewahren, als von drüben“, aus den, wie er sagte, „Logen und Parterreplätzen des Auslandes“ [...] „Botschaften an das deutsche Volk zu senden [und] der deutschen Tragödie zuzuschauen“.⁴

Thomas Mann reagierte hart und entschieden auf diese Anwürfe, vielleicht, weil er sich an seine Stigmatisierung durch die politische Rechte in den auslaufenden Jahren der Weimarer Republik erinnerte. Überdies hatte er nicht, wie er betonte, „das Herzasthma des Exils, die Entwurzelung, die nervösen Schrecken der Heimatlosigkeit“⁵ vergessen – Herzasthma, das passte nicht zu Logen und Parterreplätzen. Thomas Mann erinnerte sich daran, dass nicht alle, die im Lande blieben, das Risiko einer Existenz in der Diktatur eingegangen waren, sondern Vorteile suchten, Bevorteilungen fanden und sich nicht selten auf den Plätzen einrichteten, die die Vertriebenen geräumt hatten. So wird seine Empörung über „die Vorteile, deren Ihr genosset“, verständlich, und deshalb bezeichnete er sie zu Recht als „Verleugnung der Solidarität“. Er fühlte den Stich der Fragenden, denn „der einzelne, wenn er zufällig kein Jude war, fand sich immer der Frage ausgesetzt: ‚Warum eigentlich? Die anderen tun doch mit. Es kann doch so gefährlich nicht sein.‘“ Fast zwölf Jahre lang hatte sich der Emigrant zu rechtfertigen – warum sollte diese Gewohnheit fortgesetzt werden? Musste sich nicht derjenige erklären, der zur Fahne Hitlers gestanden hatte, viel eher als derjenige, der sich abgewandt hatte?

Thomas Mann bekannte sich in seiner Entgegnung zu seiner Ausbürgerung, auch zu seinen beiden Söhnen, die in den Streitkräften der Alliierten dienten, zu seinen Enkeln, die englischsprechend aufwuchsen. In der Tat: „Die Verständigung zwischen einem, der den Hexensabbat von außen erlebte“, und denen, die „mitgetanzt und Herrn Urian [dem Teufel] aufgewartet“ hätten, war schwer. In seinen Augen seien die nach 1933 in Deutschland entstandenen Bücher „weniger als wertlos und nicht gut in die Hände zu nehmen: Ein Geruch von Blut und Schande haftet ihnen an; sie sollten eingestampft werden.“ Damit waren die Fronten klar bezeichnet: Auf der einen Seite der Flüchtling, der Verjagte

4 Frank Thieß, Die innere Emigration, Münchener Zeitung, 18. 8. 1945.

5 Thomas Mann, Warum ich nicht nach Deutschland zurückgehe, in: Ders., Politische Schriften und Reden, S. 179.

und Verhöhnerte, der zu denjenigen gehörte, die das Deutsche Reich im Sommer 1940 sogar in den deutsch-französischen Waffenstillstandsverhandlungen erneut für vogelfrei erklärte – im Originalton: „Die deutsche Wehrmacht und das deutsche Volk halten die deutschen Emigranten für die größten Anstifter zum Krieg und zum Haß und für Verräter an ihrem Volk“. Und auf der anderen Seite der Angepasste, der Willfährige, der in Distanz verharrende „innere Emigrant“, Frank Thieß unter ihnen oder der höchst umstrittene, karrierebewusst glatte Friedrich Sieburg, der sich, beobachtet von Emigranten aus Deutschland, in Paris für den NS-Staat engagiert hatte und, wie Thieß oder Ernst von Salomon, in der Zeit der beginnenden Entnazifizierung zum Sprecher der angepassten Deutschen wurde.

Mit dieser Kontroverse des Sommers 1945 begann eine lange Debatte, die das Bild des Deutschen vom Exil vielleicht viel nachhaltiger bestimmte als die Ausbürgerungspolitik der Nationalsozialisten, als Vertreibung und Enteignung, Entwurzelung und Entheimatung – dies umso mehr, als in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) augenscheinlich einige der Emigranten entscheidende Positionen einnahmen. „Einmal Verräter, immer Verräter“ – diesen Satz schickte der Chef des westdeutschen Geheimdienstes Gehlen einem der Beteiligten am Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 – Otto John – nach, als er unter erst langsam erhellten Umständen in der damaligen DDR auftauchte, um gegen die Rüstungs- und Westpolitik der damaligen Adenauer-Regierung zu protestieren.

Das politische Klima wurde während des Kalten Krieges zunehmend eisiger und richtete sich vor allem gegen Sozialdemokraten wie Willi Eichler, den Verfasser des Godersberger Programms der SPD von 1959, selbst gegen den Regierenden Bürgermeister von Berlin Ernst Reuter, gegen den ehemaligen Kommunisten und sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner oder den SPD-Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer – sie wurden nicht selten in den Kreis um den ehemaligen preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun gerückt, dessen fluchtartige Emigration im März 1933 vielen Sozialdemokraten heute als eine Art Fahnenflucht erscheint; dabei hatten sie durch ihre Erfahrungen der deutschen Nachkriegsgesellschaft wichtige Voraussetzungen für die Aneignungen demokratischer Ordnungsvorstellungen und Grundempfindungen geschaffen. Der Emigrant, daran war kein Zweifel, befand sich in der Defensive, weil er unter Verdacht gestellt wurde: Adenauers Vergleich von Eichmann und Brandt ist ebenso vergessen wie die Frage von Strauß an den sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten, was er denn im Kriege gemacht hätte?

Die damalige „große Kontroverse“ zielte nicht nur auf Rechtfertigung des Fehlverhaltens oder die Aufforderung, das Verhalten im Alltag des NS-Systems kritisch zu bedenken. Es ging um eine weit in die Zukunft ausgreifende zeithis-

torisch-politische Deutungskontroverse, die belegt, dass es nicht nur für einen Emigranten wie Löwith, sondern nicht selten auch für Forscher herausfordernd war, „wahnfrei auf sich selber zu stehen“. Ich habe diesen Satz des Geschichtsphilosophen Löwith immer als selbstkritische Äußerung und zugleich als Selbstverpflichtung gesehen. Denn das Hegelwort, von Otto Vossler neu beleuchtet, war immer eine Herausforderung: Der Historiker sei beide Seiten des Kampfes und der Kampf selbst. Kein Forschungsfeld machte dies so deutlich wie die Erforschung der Geschichts-, der Gedenk- und der Erinnerungspolitik, vor allem, wenn es um die Zeitgeschichte ging.

II.

Vor einiger Zeit wollte ein Teilnehmer einer Talkshow in einer Debatte über die Auseinandersetzung der Deutschen mit ihrer Vergangenheit witzig sein. Er zitierte einen angeblichen Kollegen mit dem Satz: „Ich habe ein ganz vorzügliches Gedächtnis. Ich kann vergessen, was ich will.“ Diese Bemerkung war weniger witzig als decouvrierend. Implizit wurde hier angedeutet, dass ebenso wie Erinnern auch das Vergessen das Ergebnis eines Willensaktes ist, den Mit- und Nachlebende verantworten. Mancher, der lachte, machte sich nicht klar, dass Vergessenwollen den Willen zur Verdrängung voraussetzen kann, also den Wunsch, Vergangenheit aktiv zu beschweigen.

Vergessen hat Voraussetzungen, und sehr oft vergessen wir, weil wir es wollen. Voraussetzung ist dann eine Entscheidung darüber, was wir vergegenwärtigen wollen. Sie ist nicht selten das Ergebnis einer Relevanzentscheidung. Was halten wir für wesentlich, gar für erinnerungswert und -würdig? Und im Gegenteil dann: Was halten wir für weniger des Erinnerns wert und folglich für vergessenswert, was aber für erinnerungswürdig? Die Entscheidung verlangt die Bereitschaft zur Konfrontation mit der Vergangenheit und zur historischen Selbstaufklärung. Denn auch das Vergessene und Verdrängte ist ja nicht aus der Welt.

Es ist gewiss nicht der Ausdruck von Humorlosigkeit, wenn stattdessen darauf verwiesen wird, dass die wahre Leistung, die eigentliche Anstrengung im Erinnern, nicht aber im Vergessen liegt. Wer über den Versuch spricht, dem Vergessen entgegenzuhandeln, erinnert an den Kampf um die kollektive Erinnerung, den nicht zuletzt zeitgeschichtliche Erinnerungs- und Gedenkstätten zu führen haben. Deshalb sei betont, dass der entschiedene Wille zur Erinnerung die Voraussetzung des Gedenkens ist. Erinnerung wie Gedenken setzen die Anstrengung des Erinnerns voraus, das sich gegen individuelles oder kollek-

tives Vergessen wehrt und dabei zugleich – um auch diesen Begriff zu bemühen – das „kollektive Gedächtnis“ formt.

Die Anstrengung um das Erinnern prägt nicht zuletzt unsere Auseinandersetzung mit dem Exil. Die aktive Erinnerung weist viele Dimensionen auf und berührt die Sozialgeschichte ebenso wie die Generations-, die Kultur- und die Literaturgeschichte. Dabei zeigt sich: Bewahrung der Erinnerung als Aktivität setzt Mut und Selbstbewusstsein voraus, gilt es, ein Thema – wie etwa das Exil – zu behandeln und in das Bewusstsein zu heben. Erinnerungen sind ja nicht nur der individuellen und nicht selten heilenden Neigung zum Vergessen abzutrotzen, sondern sie sind auch gesellschaftlich durchzusetzen. Mit den Appellen am Sonntag und den Bekundungen des Geschichtsbewusstseins an Gedenktagen ist es nicht getan, denn die Last des Erinnerns berührt nicht die Vergegenwärtigung an sich, sondern die Vergegenwärtigung um unseretwillen, die wir aus verschiedenen Traditionen kommen und ganz unterschiedliche Vorstellungen von unserer Zukunft haben.

In geschichtspolitischen Debatten wird oft betont, Erinnern sei nicht nachteilig für ein Gemeinwesen, so notwendig auch das Vergessen sein könne. Denn schon in der Antike hätte man gewusst, dass im Vergessen das Movens der Veränderung zum Schlechteren liegt. Polybios, der, von Aristoteles geprägt, präzise den Verfassungskreislauf als Entwicklungsmodell beschrieben hatte, konstruierte keine Mechanik des Verfassungswandels, sondern seine Erklärung zielte auf die Erfassung des historischen Bewusstseins in seiner Bedeutung für grundlegende Veränderungen. Polybios sah im Verlust des Wissens von den Ursprüngen einer politisch verfassten Gesellschaft aus einem schlechten politischen Ordnungssystem, etwa aus der Tyrannis, aus der Ochlokratie oder der Massentyrannei, die Ursache für die Geringschätzung der guten Ordnung, in der der Mensch nach der Überwindung einer schlechten lebte.

In diesem Sinne mag es heute gestattet sein, den Blick zurückzulenken zu jenen, die wie kaum andere befugt waren, den deutschen Nachkriegsgesellschaften ihren Ursprung immer wieder ins Gedächtnis zu rufen, zu jenen also, die sich angesichts der Nachfolgebereitschaft vieler ihrer Zeitgenossen vor 1945 in den Jahre der Nazi Herrschaft auf verlorenem Posten wähnten und nach dessen Untergang bald erkennen mussten, dass sie keineswegs automatisch als Regimegegner in eine allgemein anerkannte Stellung der Nachkriegsgesellschaft einrücken konnten.

Die Auseinandersetzungen um die Gedenkstätte Deutscher Widerstand und um die ständige Ausstellung zur Geschichte des Widerstands haben im Sommer 1994, fünf Jahre nach der Eröffnung der Gedenkstätte, alte und längst für überholt gehaltene Kontroversen der vorangegangenen zwanzig Jahre in das

öffentliche Bewusstsein gehoben. Diese Kontroverse bot bei aller Belastung eine Chance, denn endlich war es möglich, das politische Exil und den Widerstand auf eine inhaltliche Ebene zu heben.

Kritiker, die sich vehement gegen die Berücksichtigung des Exils in der Ausstellung wandten, haben noch einmal – ich dachte lange: ein letztes Mal – die alte Frage nach dem Ort des Exils aufgeworfen. Es war ab den sechziger Jahren als Teil der Geschichte der NS-Zeit anerkannt worden. Nach dem Ende des nationalsozialistischen Regimes blieb das Exil umstritten, teilweise aus Gründen der Selbstrechtfertigung der Zeitgenossen und Zeitgenossinnen, teils als Folge der deutsch-deutschen Teilung, teils aber auch, weil kulturelle Debatten das Bild prägten. Umfragen beweisen, dass das Exil umstrittener war, als wir uns das heute vorstellen können oder eingestehen wollen.

Emigranten und Emigrantinnen – dies waren für viele Deutsche bis weit in die fünfziger Jahre hinein keineswegs Menschen, die wegen ihrer unbeirrt beibehaltenen und wiederholt bezeugten „guten“ und respektablen Gesinnung verfolgt, bedroht, vertrieben und schließlich ausgebürgert worden waren, sondern sie galten in der Regel als Verräter, die gegen deutsche Interessen gehandelt hätten. Und nicht selten wurden sie sogar als „Feiglinge“ titulierte, die sich im Unterschied zu den Regimegegnern im Innern die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus innerhalb von Deutschland nicht zugemutet hatten.

Emigranten und Emigrantinnen wurden nicht nur für das Scheitern der ersten deutschen Demokratie mitverantwortlich gemacht, sondern galten den angefassten unter den mitlaufenden Zeitgenossen vielfach als Menschen, die bei ihrer Rückkehr nach Deutschland fremde Uniformen trugen und sich in den Dienst der Besatzungsmächte stellten, die verabscheut und abgelehnt wurden, obwohl sie für die Befreiung von der NS-Herrschaft gekämpft und ihr Leben eingesetzt hatten. Keiner der zurückgekehrten Emigranten war vor Nachfragen und Spott, vor Attacken und Diffamierungen sicher. Manche verzweifelten, manche zogen sich zurück, und nur politisch sehr starke Menschen engagierten sich politisch und hielten die Nachstellungen aus.

Die Auseinandersetzung um das politische und kulturelle Exil war im Deutschland der fünfziger Jahre zu einer Art Schlüsselfrage geworden, die immer wieder den Zustand der Republik charakterisierte und auch furchtbare Dimensionen aufwarf – ob es um die Aufführung einzelner Stücke von Bertolt Brecht ging, um den Streit um Marlene Dietrich, um eine Auseinandersetzung mit dem wohl bayerischsten aller Emigranten Oskar Maria Graf oder um einen handfesten, aber wohlfeil zu habenden Effekt in der parlamentarischen Auseinandersetzung, wie er sich an Herbert Wehner entzündete. Und als exemplarisch erscheinen heute Versuche, den sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten

Willy Brandt in seiner Ehre zu verletzen und in „Acht und Bann“⁶ zu tun, nur um einen leichten und raschen Vorteil in den politischen Wahlkampf-Auseinandersetzungen zu finden, den die Mobilisierung deutscher Vorurteile in der Konkurrenz zwischen Konrad Adenauer und Willy Brandt versprach. Noch länger dauerte es, den aus rassistischen Gründen Vertriebenen Anerkennung und Wiedergutmachung zuzubilligen. Dieselben Deutschen, die als Vertriebene Anträge auf Lastenausgleich stellten, haderten mit den Verfolgten, die das ihnen Geraubte oder willkürlich Enteignete ersetzt haben wollten.

In den erwähnten Debatten ging es also niemals allein um die Bewertung des kommunistischen und des nichtkommunistischen Widerstands, wie die Auseinandersetzungen um die Gedenkstätte Deutscher Widerstand suggerierten, sondern es ging zunehmend um die Anerkennung des Exils schlechthin, um die Würdigung der politisch verursachten Emigration der NS-Zeit als einer Form der Flucht, die zugleich Voraussetzung für die Fortsetzung der politischen Auseinandersetzung mit dem Staat Hitlers war. Damit ging es beim Exil um einen wichtigen Bereich und eine wirkungsvolle Ausdrucksform der Gegnerschaft zum NS-Regime neben dem Widerstand im Innern.

Die Kontroverse entzündete sich nach dem Zerfall des Ostblocks, zwischen 1989, der Eröffnung der Gedenkstätte, und dem 50. Jahrestag des Attentats vom 20. Juli 1944 an verschiedenen Streitpunkten, die miteinander verbunden waren. Dabei ging es zum einen um die Frage, ob das Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) und der Bund Deutscher Offiziere (BDO), die unter aktiver Beteiligung kommunistischer Emigranten wie Ulbricht und Pieck aus deutschen Kriegsgefangenen in der Nähe Moskaus gebildet worden waren, im Zusammenhang mit einer Gesamtdarstellung des Widerstands berücksichtigt werden sollten. Mit dieser Frage hing eng der Versuch zusammen, ein Bild von Walter Ulbricht, das sich in der Berliner Ausstellungseinheit „Politik aus dem Exil“ fand, entfernen zu lassen. Man argumentierte dabei zum einen politisch, zum anderen systematisch: Politisch insofern, als betont wurde, ein „Verbrecher wie Ulbricht verdiene kein ehrendes Gedenken“, systematisch insofern, als man betonte, als Widerstand könne nur die Auseinandersetzung mit dem NS-Regime auf deutschem Boden oder in deutschem Einflussbereich gelten.

Der politische Einwand nutzte den Namen der Berliner Einrichtung aus und wandte sich gegen den Anspruch, in der neuen – überdies als „Gedenkstätte

6 Hans Georg Lehmann, In Acht und Bann: Politische Emigration, NS-Ausbürgerung und Wiedergutmachung am Beispiel Willy Brandts, München 1976.

Deutscher Widerstand“ bewusst gesamtdeutsch konzipierten – Ausstellung die Geschichte der Regimegegnerschaft in ihrer Breite und Vielfalt, in zeitlicher Entwicklung und Widersprüchlichkeit zu präsentieren.

Der systematische Einwand richtete sich darauf, durch eine Instrumentalisierung der Widerstandsdefinition die Entfernung des kommunistischen Widerstands zu erreichen. Der politische Einwand argumentierte mit den damaligen Verwerfungen im Europa des Kalten Krieges. Was aber hatte das mit dem Exil zu tun? Die Forderung der Entfernung der Kommunisten aus der Gedenkstätte Deutscher Widerstand konnte nur dann Erfolg haben, wenn es gelang, die nicht zuletzt von Sozialisten und Kommunisten entscheidend geprägte politische Gegnerschaft im Exil nicht mehr als Teil der Gesamtgeschichte der Regimegegnerschaft und des Exils erscheinen zu lassen. Dazu bediente man sich bedenkenlos weiterer Hilfsargumente und betonte insbesondere den Gesichtspunkt des „Risikos“, das sich im Widerstand finde und den Einsatz des Lebens im Akt der Auflehnung voraussetze. Unterstellt wurde damit, Exil sei risikolos. Dabei zeigten nicht nur Verhaftungen von Regimegegnern nach der Errichtung der Besatzungsherrschaft, sondern auch Entführungsaktionen der Gestapo und Anschläge auf Regimegegner, wie gefährlich das Exil blieb.

Hinzu kam eine allgemeinere politische Diskussion, die vor allem die grundlegenden politischen Veränderungen seit dem Herbst 1989 in Deutschland und Europa reflektierte. Denn um ihre ausstellungs- und gedenkstättenpolitischen Ziele zu erreichen, versuchten einzelne Kritiker der Gedenkstätte, unter Hinweis auf das seit 1989 angeblich durchzusetzende westlich-bundesrepublikanische neue Geschichtsbild bestimmte Bereiche der Widerstandsgeschichte als tradierungsunwürdig zu bestimmen und so deren Entfernung aus der ständigen Ausstellung zu erreichen.

Nach teilweise heftigen Diskussionen und politischen Interventionsversuchen wurde schließlich sogar der Vorschlag gemacht, eine Trennung der in Berlin dokumentierten Gesamtgeschichte der Regimegegnerschaft in eine Widerstands- und in eine Exilgeschichte anzustreben und als Konsequenz dieser Trennung die Geschichte der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus aus dem Exil aus der Gedenkstätte zu verbannen. Als tradierungswürdig hätte nur der 20. Juli 1944 zu gelten.

III.

Die angeblich einer Sorge um den angemessenen Widerstandsbegriff dienende sachliche Differenzierung diente mithin, wie unüberhörbar artikuliert wurde,

dem Ziel, die Geschichte der politisch, rassistisch und kulturell begründeten Emigration aus Deutschland aus dem Zusammenhang einer Ausstellung zu entfernen, welche gerade die Breite und Vielfalt der Regimegegnerschaft in ihrer zeitlichen Entwicklung und ihrer graduellen Steigerung sowohl als Produkt wie auch als Gegensatz zu ihrer Zeit darzustellen hatte.

Dabei rückte man vor allem das Kriterium des Risikos, das mit dem Widerstand einherging, in den Mittelpunkt des Verständnisses von Widerstand, gewiss um zu suggerieren, dass das Leben unter dem Hakenkreuz und im Widerstand ungleich riskanter war als die Flucht aus Deutschland. Diese Unterscheidung hatte Klaus Mann allerdings mit Sicherheit gerade nicht gemeint, als er feststellte: „Die Emigration war nicht gut. Das Dritte Reich war schlimmer.“ Es wandte sich damit gegen die Überhöhung der Exilsituation und bereitete die gemeinsame Würdigung von Exil und Widerstand vor.

Seit etwa gut sechzig Jahren, also seit dem Forschungsschwerpunkt der Deutschen Forschungsgemeinschaft, gehört so auch die Geschichte des Exils in den Zusammenhang der Regimegegnerschaft und damit der Zeit- und der Literaturgeschichte. In den literarischen Zeugnissen spiegelt sich die Last des Alltags der Flüchtlinge und Emigranten auf besonders eindrucksvolle Weise wider. Dies ist nicht zuletzt das Ergebnis einer intensiveren Beschäftigung mit Ausgrenzung, Entrechtung und Bedrohung nach 1933 als Fluchtvoraussetzungen, mit den Lebenssituationen im Exil und in den Zufluchtsländern, nicht zuletzt mit den Leistungen der Emigranten und Emigrantinnen bei ihrem politischen und publizistischen, nicht selten militärischen Kampf gegen den NS-Staat von außen.

Historisch waren überdies die Übergänge zwischen Exil und Widerstand stets fließend: Manche Regimegegner und Regimegegnerinnen versuchten sich im NS-Staat zu behaupten oder leisteten im Innern ihren Widerstand, ehe sie emigrierten. Andere kehrten nach ihrer Flucht aus Deutschland irgendwann zurück, um dann von innen heraus das Regime zu bekämpfen. Einige deutsche Emigranten wurden von paktierenden oder kollaborierenden Regimes ausgeliefert, wie etwa Vichy-Frankreich oder der Sowjetunion Stalins nach dem „Nichtangriffspakt“ vom 23. August 1939; andere kämpften an beiden Fronten, etwa, indem sie sich unter den Bedingungen des Agenteneinsatzes in Deutschland einsetzen ließen. Den Nationalsozialismus zu schwächen, das konnte man überdies überall versuchen, auch im Ausland, wo es die öffentliche Meinung zu beeinflussen galt, auch vom Ausland aus, indem man sich in den Dienst von Nachrichtendiensten, Redaktionen oder Beratergruppen stellte, schließlich an der Front oder durch die Vorbereitung der Verwaltung Deutschlands nach dem Untergang des NS-Staates.

Diese Vermischung der Linien zwischen Widerstand und Exil, die Überlagerung der Fronten und der Aktivitäten an der äußeren Front der Emigration und an der inneren Front ist wissenschaftlich ebenso unbestritten, wie sie historisch real ist. Deshalb war es nur folgerichtig, auch in der widerstandsgeschichtlichen Darstellung die Konsequenzen einer langjährigen Widerstands- und Exilforschung zu ziehen. Ausdruck fand diese Verbindung in der Tatsache, dass Anfang 1980 der „Widerstand“ einer der außerordentlich wichtigen Kultusministerempfehlungen entsprechend auch in der historisch-politischen Bildung unter Einbeziehung des Exils im Unterricht zu behandeln sein sollte. Für eine Trennung von Widerstand im Innern und Exil zu plädieren, dies hieße mithin, eines der wichtigen Ergebnisse historisch-politischer Bildung preiszugeben. Gerne rufe ich uns die entsprechende Passage dieser fächerübergreifenden grundlegenden Unterrichtsempfehlung ins Gedächtnis: Die Schule, so hieß es, müsse versuchen, den Widerstand in den Gesamtzusammenhang nationalsozialistischer Herrschaft und Politik zu stellen. Deshalb seien „auch die Widerstandsbewegungen außerhalb Deutschlands und die Aktivitäten von Emigranten im Exil zu würdigen“.

Die versuchte Ausgrenzung des deutschen Exils aus der Widerstandsgeschichte nahm ich als einen Rückfall in die fünfziger Jahre wahr, vor allem im Vergleich mit der in Österreich praktizierten Zusammenführung von Exil- und Widerstandsgeschichte. Die aktuellen Pläne, in Berlin ein Exilmuseum zu errichten, könnte diese Trennung wieder verstärken. Denn wieder könnte daraus folgen, mit Hilfe einer engeren Definition des Widerstands den inzwischen nicht mehr fraglichen Zusammenhang aufzuweichen. In Zukunft ist darauf zu achten, dass nicht erneut unmöglich gemacht wird, was lange Zeit als Leistung der Widerstandsgeschichte galt: unterschiedliche weltanschauliche und politische Perspektiven, vielfältige Situationen der Widerständigkeit und Manifestationen auch des zivilen Mutes zu integrieren.

Stattdessen wurde versucht, mit festem Blick auf ein geschichtspolitisches Ziel Widerstand so zu definieren, dass umstrittene Bereiche der realen Geschichte der Regimegegnerschaft von vornherein ausgeschlossen werden können. Der Schwerpunkt dieser politisch motivierten, also nicht aus der Bemühung um die Sache verständlichen Definition wurde dabei auf die Tatsache gelegt, dass als Widerstand nur jene gegen das NS-Regime gerichtete Handlung bezeichnet werden könne – und in Zukunft solle –, die „auf deutschem Boden“ oder zumindest aus dem Machtbereich der Nationalsozialisten heraus erfolgt sei, die auf den Sturz des Regimes zielte und riskant war. Kurzum: Als Widerstand könne nur gelten, was sich innerhalb Deutschlands ereignen hätte.

In letzter Konsequenz hätte eigentlich nur der Umsturzversuch des 20. Juli 1944 allen Kriterien genügt, denn nur er kam, wie der damals führende Zeit-historiker Hans Rothfels sagte, seinem Ziel nahe, den Umbruch zu erreichen. Wir wissen heute, dass dies einen großen Teil der politischen Gemeinsamkeit im Umkreis des Attentats darstellte – dass die Tat aber keineswegs die unterschiedlichen Auffassungen über die Ziele der Auflehnung und die Konturen der Neuordnung nivellierte. Es kam darauf an, Hitler und seine Herrschaft zu be-seitigen – danach musste eine neue Auseinandersetzung beginnen, die uns tief in die Verwerfungen der Nachkriegszeit, des Kalten Krieges und der deutschen Teilung geführt hätte.

Vielleicht war das Ziel der Kritiker der Versuch, diese Widersprüchlich-keit von Exil und Widerstand zu erklären, sie umso undeutlicher zu machen, je mehr die Instrumentalisierung des Traditionsbegriffs durchschaut und ab-gelehnt wurde. Denn in einer pluralistischen Gesellschaft wird und muss es vielfältige Geschichtsdeutungen und Geschichtsbilder geben, die geschichtspo-litisch umstritten sein können, vor allem aber auszuhalten sind. Das Exil gehört dazu – gerade, weil es die ideologischen und politischen Verwerfungen des 20. Jahrhunderts spiegelt und teilt.

Mit einer bewusst verengenden Widerstandsdefinition hätte man, und dies war eine unübersehbare Absicht der Diskutanten, auch das Ziel erreicht, vor allem die politischen Auseinandersetzungen unter deutschen Kriegsgefangenen nicht mehr als Thema der Geschichte des Gesamtwiderstands zu würdigen. Aber auch diese Konflikte sind ein Teil der deutschen Geschichte nach 1939 – und bis heute erinnern sich Kriegsgefangene an Diskussionen in den Lagern über den Ausgang des Krieges, über die Nachwirkung des Soldateneides, über die Hinwendung zur Demokratie des westlichen Typs. Das englische Demokrati-sierungslager für deutsche Soldaten Wilton Parks verkörpert die Umkehr in der Kriegsgefangenschaft ebenso wie die Zeitschrift „Der Ruf. Zeitung der deut-schen Kriegsgefangenen in den USA“. Und wer den Blick nach Westen wen-det, kann ihn nicht vor den Verhältnissen in den sowjetischen Gefangenenlagern verschließen. Dies hat nichts mit Ehrung, viel aber mit der verwirrenden Fülle deutscher Geschichte zu tun. Auch die Zusammenarbeit zwischen Regimegeg-nern in fremden Armeen oder gar in den europäischen Widerstandsbewegungen wäre damit ausgeklammert worden. Der gewiss hohe Preis für eine derartige Bereinigung eines ohne jeden Zweifel sehr verwirrenden Bereichs deutscher Zeitgeschichte wäre aber die Ausgrenzung des politischen Exils gewesen.

Dabei bediente man sich eines moralischen Arguments: Risikobewusstes und -bereites Handeln solle besonderen Respekt verdienen. Dieses Kriterium erinnert an eine längst überwundene Position, die sich in idealtypischer Klar-

heit in einer Studie findet, die in den frühen sechziger Jahren „Technik und Moral einer Verschwörung“ untersuchen wollte. In dieser Studie wird die Emigration neben dem „Selbstmord“ und der „Desertion“ als eine der untersten Stufen des Versuchs erwähnt, den Nationalsozialismus zu bekämpfen. Lapidar hieß es: „Wie der politische Selbstmord so war auch die Emigration und die Desertion eine Weise des Fortgehens. Der Schock, den die plötzliche, nicht totzuschweigende Abwesenheit eines prominenten Regimegegners in der Öffentlichkeit hervorrufen konnte, und die damit verbundene stumme Demonstration seiner Gegnerschaft machten die Emigration zu einem Politikum und damit zu einer ‚Methode des passiven Widerstands‘.“

Neben diesem Demonstrationseffekt konzidierte der Verfasser zwar noch die Möglichkeit, „von außen, vom Ausland her, nunmehr offen und ungehemmt mit geistigen Waffen weiterhin aktiven Widerstand leisten“ zu können, dennoch bleibt seine Perspektive durch den Gegensatz des Widerstandes von innen, im Umkreis des 20. Juli 1944, und „von außen“ geprägt. Deshalb fasste er die Ansicht der im Lande gebliebenen Widerstandskämpfer zusammen: „Was konnte ein Emigrant praktisch tun? Er konnte Flugschriften und Broschüren verfassen, nach Deutschland einschmuggeln und damit Widerstandskämpfern im Lande fertiges Druckmaterial liefern – das dann aber noch verteilt, verbreitet werden musste.“ Der Verfasser fuhr fort: „Das geheimpolizeiliche Netz im ‚Dritten Reich‘ war aber derartig engmaschig und perfekt, daß dieses illegale Schrifttum Spuren hinterließ und Verhaftungswellen motivierte, die jeden erfaßten, der verdächtig war.“

Einmal ganz abgesehen davon, dass inzwischen begründete Zweifel an diesem Bild des Gestapo-Netzes bestehen und viel stärker die Bedeutung des Denunziationswesens betont werden muss, so wird doch auf diese Weise suggeriert, dass nicht nur ein ineffektiver Kampf von außen geführt wurde, sondern dass dieser Kampf von außen mit einer Gefährdung der inneren Front einherging. Durch das Exil scheint sich das Risiko im Innern noch zu vergrößern. Da der Koloss „mit verbalen Waffen“ praktisch nicht zu stürzen war, scheint das Exil auf der einen Seite durch seine Wirkungslosigkeit, durch die zusätzliche Gefährdung der Deutschen andererseits charakterisiert worden zu sein.

Belastet wurde das Exil also mit dem Makel des Landesverrats, es blieb angewiesen auf die Macht des Wortes und des Einflusses seiner Verteidiger, ohne aber über tiefen Rückhalt bei den Regierungen des Auslands zu verfügen, sondern bestenfalls bei den jeweiligen Oppositionsparteien, ohne staatsrechtlichen Status (etwa als Exilregierung) und nicht selten auch ohne moralischen Respekt – denn welcher Nicht-Deutsche begriff wirklich, dass man als Regimegegner die militärische Niederlage seines Landes herbeisehnte und in der

bedingungslosen Kapitulation nicht nur das kleinere Übel, sondern die Voraussetzung für eine Erneuerung Deutschlands sah? Der Vorwurf, durch Aktivitäten im Ausland, auch im Rundfunk, zur Gefährdung der Deutschen beigetragen zu haben, die wegen des Abhörens ausländischer Rundfunksender Gefahr für Leib und Leben riskierten, er wirkte lange nach.

IV.

Die Diffamierung des Exils knüpfte an die frühe „innere“ Widerstandsdefinition an, die seit den fünfziger Jahren den – übrigens höchstrichterlichen – Zugang zu jenem Bereich bestimmte, den Schülerinnen und Schüler damals durch Schlagworte wie „Aufstand“ oder „Vollmacht des Gewissens“ kennenlernten. Tatsächlich hatte sich seit den späten fünfziger Jahren eine bemerkenswerte Ausweitung des Begriffsfeldes „Widerstand“ ergeben, in der sich nicht zuletzt auch die Dynamik und der Anspruch moderner Diktaturen spiegelt: Protest, Nonkonformität, Dissidenz, Selbstbehauptung, Distanz, Konspiration stellen Aspekte eines widerständigen Verhaltens dar, das sich im ideologischen Konflikt ebenso zu beweisen und zu bewähren hatte wie im mitmenschlichen Handeln oder in der Wahrnehmung der ganzen Verantwortung für sich selbst, für eigene Überzeugungen und auch für die eigene Nation, an die man, wir wissen es von Emigranten, gerade im Ausland gekettet blieb, bis hin zur Internierung gemeinsam mit Nationalsozialisten, die im Ausland lebten, nur seiner Herkunft und seiner Sprache wegen.

Jede dieser Definitionen des Widerstands spiegelte den geschichtspolitisch geprägten Deutungsrahmen und damit erinnerungs- und gedenkpolitische Absichten, aber auch ein grundsätzliches Rechts- und Unrechtsverständnis. Dieses wandelte sich jedoch seit den fünfziger Jahren grundlegend. Zum einen wurde in der Nachfolge der wichtigen Rede von Theodor Heuss über den Widerstand in der FU Berlin im Juli 1954 eine neue Deutung entwickelt, die das sich wandelnde Selbstverständnis der Bundesrepublik und den Anspruch widerspiegelte, in den Kreis der zivilisierten Nationen Europas zurückzukehren. Das setzte jedoch eine Neubewertung der Zeitgeschichte voraus, die die Konfrontation des Kalten Krieges unbeachtet ließ. Zum anderen aber entwickelten sich geschichtspolitische Verwerfungen im Zuge der deutschen Teilung, nicht zuletzt mit der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und dem Verbot der KPD 1956. Widerstand galt nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes als Versuch, aus dem „Zentrum der Macht“ heraus einen Umsturz des gesamten politischen Systems anzustreben. Die naturrechtliche Begründung des Widerstands

trat in den Hintergrund, galt schließlich den Rechtspositivisten als obsolet. Andererseits machten Strafverfahren, der Eichmann-Prozess 1961, schließlich der bundesdeutsche Auschwitz-Prozess und die NS-Strafverfahren der 1960er und 1970er Jahre, und die großen Strafverfahren zu weiteren Vernichtungskomplexen deutlich, dass sich der Widerstand gegen ein menschenverachtendes, verbrecherisches System gerichtet hatte. Die Verjährungsdebatte, erfolgreiche Antikriegsfilme wie „Die Brücke“ taten ein Übriges.

Unter dem unmittelbaren Eindruck des NS-Staates herrschte noch in den frühen fünfziger Jahren eine naturrechtliche Rechtfertigung der Regimegegnerschaft vor. Dies bedeutete, dass Menschen, die Verfolgten geholfen hatten, unterzutauchen und so zu überleben, langsam anerkannt wurden. Sie galten als „unbesungene Helfer“, als „stille Helfer“, in Yad Vashem wurden und werden sie als „Gerechte der Völker“ geehrt. Dahinter stand eine menschenrechtlich geprägte Rechtfertigung des Widerstandes, im Zentrum der einzelne Verfolgte. Dies erlaubte nicht nur, sondern gebot, stellvertretend für Verfolgte zu handeln, sie zu retten, gleichsam einen „Rettungswiderstand“ zu beweisen. Mit der bundesdeutschen Rechtsprechung veränderte sich dieses Rechtfertigungsmuster; stattdessen rückten Effizienzkriterien in das Zentrum und rechtfertigten Widerstand, wenn er aus dem Zentrum der Macht heraus auf den Gesamtumsturz des Regimes zielte. Das aber hatten diejenigen, die sich naturrechtlich an vorstaatlich existenten Menschenrechten orientierten, nicht im Sinne haben können. Sie taten das Nächstliegende und konzentrierten sich auf die Rettung von Menschen.

In der Bundesrepublik galt seit der Mitte der fünfziger und vollends seit den sechziger Jahren so nur der Umsturzversuch aus dem Zentrum der Macht als wahrer, anerkennungswürdiger Widerstand. Diese Möglichkeit aber hatte das Exil so wenig wie die „unbesungenen Helden“.

Hatte man sich in den fünfziger Jahren noch das Gefühl für die besondere Bedeutung eines mutigen individuellen Eintretens gegen den NS-Staat in ganz unterschiedlichen Lebensbereichen bewahrt, so fragte man ab der Mitte der fünfziger Jahre stärker nach den Ordnungsvorstellungen der Regimegegner. Damit änderte sich die Bewertung des Exils, denn über die Nachkriegsordnung wurde dort nicht nur nachgedacht, sondern in der Zusammenarbeit mit den Regierungen der Alliierten bot sich die Möglichkeit einer unmittelbaren Mitgestaltung.

V.

Es folgte eine Öffnung für die programmatische Würdigung. Die Betonung des Eintretens für Recht und Rechtsstaat zielte auf die Erinnerung an den Wider-

stand in der DDR. Die prinzipielle Unterscheidung in einen angeblich totalitären und einen antitotalitären Widerstand war auch eine Reaktion auf eine wachsende Zelebrierung des Widerstands in der DDR. Zugleich aber öffnete sich der Blick für die Vielfalt des Exils. Nun schien man im Westen nicht mehr nur auf die Erinnerung an den Widerstand im Osten zu reagieren.

Die Deutung der Vergangenheit wurde zunehmend zum Ausdruck politisch beeinflusster Interpretationen, auch des Anspruchs der DDR, allein den konsequent antifaschistischen Strang der Geschichte zu verkörpern, was ja, wie nicht betont zu werden braucht, in gleicher Weise auf die Selbstlegitimierung der DDR und die Entlegitimierung der Bundesrepublik zielte. Dieser Ost-West-Konflikt um die Würdigung der wahren Tradition und die Geltendmachung des wahren Erbes erklärt Verzerrungen der Würdigungen, etwa die Rechtfertigung der „Roten Kapelle“ als verdienster „Kundschaftergruppe“ auf der einen, als „Spione“ und „Landesverräter“, die eine Diktatur lediglich durch eine andere ersetzen wollten, auf der anderen Seite; dies berührte die Einschätzung des NKFD und des BDO, die in die Tradition der Nationalen Volksarmee der DDR integriert wurden und folglich auch im Westen als „Keimzelle der DDR“ empfunden wurden. Und dies betraf, wie die regelmäßigen Debatten über die Inszenierung einzelner Brecht-Stücke im Westen zeigten, übrigens auch die Würdigung des Exils.

Den wichtigen und in seiner prinzipiellen Bedeutung nicht zu unterschätzenden Abschluss dieser Auseinandersetzungen, die sich dann in den sechziger und siebziger Jahren im Zusammenhang mit heftigen Diskussionen über die Verstrickung der deutschen Eliten und einzelner ihrer Mitglieder in das NS-System fortsetzten, verkörperte die 1980 zum Beschluss der Kultusministerkonferenz erhobene „Empfehlung zur Behandlung des Widerstands in der NS-Zeit im Unterricht“, in der man ein integrales Verständnis des Widerstands zum Bezugspunkt einer Beschäftigung und Würdigung mit dem Widerstand in seiner Breite und Vielfalt machte.

So bleibt es wichtig, sich als Zeithistoriker, der die Bedeutung des Exils für die Widerstandsgeschichte hervorheben will, darauf zu konzentrieren, die Geschichte des politischen Exils und der Versuche, zum Sturz des NS-Regimes von außen beizutragen, in Verbindung zu setzen und sie als Bestrebungen zu deuten, die gleichsam die doppelte Front des Kampfes im Innern und von außen bilden. Deshalb ist es historisch unvertretbar, die Geschichte des Exils in der NS-Zeit aus der Widerstandsgeschichte zu eliminieren

Es war kein Zufall, dass eine derartige Debatte fünfzig Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges entstehen konnte. Den Sturz und den Untergang dieses Regimes hatten viele Emigranten wie Regimegegner an der „inneren Front“

herbeigesehnt, weil sie sich die Befreiung Deutschlands von nationalsozialistischer Herrschaft und die Rückkehr in ihr Land wünschten, für das sie auch nach ihrer Flucht und ihrer Vertreibung Verantwortung empfanden und für dessen Erneuerung sie arbeiten wollten. Gerade die Angehörigen des politischen Exils hofften auf Rückkehr, standen mit dem „Gesicht nach Deutschland“, setzten im Ausland die Auseinandersetzung mit dem verhassten Feind fort, von dem sie nicht selten anzunehmen bereit waren, er hätte aus Deutschland das erste von den Nationalsozialisten besetzte Land gemacht.

Die erwähnte Debatte zeigt allerdings auch den erstaunlichen Bedeutungsverlust der zurückgekehrten Emigranten in der Politik und in der Publizistik. In den neunziger Jahren übten sie keinen nennenswerten politischen Einfluss mehr aus. Hingegen verschob sich die Wahrnehmung durch die ansteigende Zahl von politischen Verfolgten, von Kriegsflüchtlingen und den aus Osteuropa aufgenommenen Migranten. „Wir sind die Letzten“, das war Ausdruck einer Wahrnehmung der schwindenden Zahl. Jeden Tag las man in den Feuilletons Nachrufe auf Emigranten aus Deutschland, las man, was sie einstmals für die deutsche Kultur und das Ansehen in der Welt trotz des NS-Regimes, trotz der Verbrechen bedeutet hatten – in der Regel für ihr Fach, weniger für unser Land, für unsere Forschung, unsere Kultur, für die akademische Lehre oder unser politisches Leben.

Wer am Ausgang des Dritten Reiches dreißig Jahre zählte, war in den Neunzigern bereits achtzig Jahre alt – die meisten Emigranten waren älter und hatten das Gefühl: „Wir sind die Letzten“. Die heute lebenden Zeitgenossen und Zeitgenossinnen der Endphase des NS-Staates sind etwa 95 Jahre als, 1933 waren sie zwischen zehn und fünfzehn Jahren. Man denke an Judith Kerr, die im Mai 2019 verstorben ist. Und dennoch: Sie waren Kinder. Was sie über das Exil und das Dritte Reich berichteten, zumal als im Zufluchtsland Gebliedene, hatte historische Bedeutung für die Emotionsgeschichte, die Stimmungen und Verarbeitung von Realität erforscht, nicht aber die Fakten, die ein historisches Ereignis prägen.

Die Klage über den Verlust der Zeitzeugen ist oft gehört worden und wird ansatzweise korrigiert durch großangelegte Dokumentationsprojekte. Sie haben ihre Bedeutung und ihren historischen Wert. Mir aber geht es um etwas anderes. Denn Zeitgenossenschaft vermittelt sich nicht nur direkt, ihr Verschwinden müsste sonst das Ende der Geschichte als Wissenschaft sein, sondern mittelbar, durch Überlieferungen, die der Historiker kritisch zu betrachten, aber auch ernst zu nehmen gelernt hat. Neben der Klage über den Verlust der Zeitzeugen steht so der Auftrag und die Hoffnung, dass im Zuge der Begegnungen mit Überlieferungen die Nachlebenden zu Zeugen der Zeugen werden.

Die Überlieferungsgeschichte des literarischen Exils prägte das Bild des aus dem NS-Staat „vertriebenen Deutschland“, das Heinrich Mann beschwor, als er sagte: „Wo ich bin, ist Deutschland.“ Seit den sechziger Jahren wurde die Exilliteratur intensiv erforscht und von einer jüngeren Generation zunehmend geschätzt. Mitte der fünfziger Jahre wurden hingegen noch heftige Debatten über Schauspielaufführungen von Bert Brecht geführt, die sich bis zum Boykott steigern konnten. Die Nachkommenden haben die Möglichkeit, diesen wichtigen Bereich deutscher Geschichte im Zeitalter der Diktaturen des vergangenen Jahrhunderts zum Feld einer inneren Auseinandersetzung zu machen. Die Asyl- und Fluchtgeschichten, mit denen wir in den Neunzigern und jetzt wieder seit dem Bürgerkrieg in Syrien konfrontiert werden, macht diese Geschichte zu einem wichtigen Gegenstand der politischen Gegenwart.

Ich denke, deshalb liegt es heute an uns allen, die wir in den vergangenen Jahren mit einzelnen Emigranten und Emigrantinnen Kontakt hatten, durch sie mitgeprägt wurden und ihre Weltsicht, ihr Politik- und Weltverständnis, aber auch ihre Zukunftsperspektive vermittelt bekamen, ob die in die Wirren der deutschen Vergangenheit gerückten Lebensgeschichten der Emigranten und deren Leistungen aus den historischen Zusammenhängen gelöst werden, in die sie gehören, oder ob sie Teil der Gegenwart werden. Dann können sie Orientierung bieten, Maßstäbe bilden helfen, auch Zivilcourage fördern, die sich nicht zuletzt im Eintreten für Bedrängte, Vertriebene, Verfolgte zu bewähren hat.

Die Debatte über die Scheidung der Regimegegner, der Emigranten und der Flüchtlinge in ehrenwert und ehrlos, in Hochverräter und Landesverräter, in risikobewusste und das Risiko angeblich meidende, in Wirtschaftsflüchtlinge und Bedrängte, in Einwanderer in das Sozialsystem und ehrlich Arbeitende – angeblich ehrlich Arbeitende, müsste ich oftmals sagen – wäre gewiss pietätvoller verlaufen, wenn wir uns in Erinnerung gerufen hätten, wie zu anderen Zeiten die Toten geehrt, wie ihrer Taten gedacht wurde. Eines der ersten Zeugnisse bewegender Ehrung ist vielleicht noch aus dem Schulunterricht bekannt. Anlässlich der ersten Totenbeisetzung erwähnt Perikles die Schwierigkeit, das „rechte Maß der Rede zu treffen, wo man auch die Vorstellungen, die jeder sich von der Wahrheit macht, kaum bestätigen kann: denn der wohlwollende Hörer, der dabei war, wird leicht finden, die Darstellung bliebe hinter seinem Wunsch und Wissen zurück, und der unkundige, es sei doch manches übertrieben, aus Neid, wenn er von Dingen hört, die seine Kraft übersteigen. Denn so weit ist das Lob erträglich, das anderen gespendet wird, als jeder sich fähig dünkt, wie er's gehört hat, auch zu handeln; was darüber hinausgeht, wird aus Neid nicht mehr geglaubt.“

VI.

Die Versuche, die Bedeutung des Exils zu mindern, seine Ausgrenzung aus der Geschichte der Regimegegnerschaft zu versuchen, verantworteten Zeitgenossen, die nicht emigriert waren, sondern das Dritte Reich in Deutschland überlebt hatten – insofern bietet Thukydides mit seiner Überlieferung der Rede des Perikles sicherlich eine Erklärung, die deutlich macht, weshalb man nun nach Unterscheidung, und dies heißt nach einer Gewichtung der Anerkennung, strebt. Es geht aber um mehr als um die Rahmenbedingungen einer politisch-ethischen und moralischen Würdigung: Es geht um die Festigung einer Revision der in den vergangenen Jahren unbestreitbar gewordenen Verbindung zwischen dem Kampf im Innern und der Auseinandersetzung mit dem Regime von außen, eine Verbindung, die eine große Dynamik hat, in denen sich die vermeintlich so klaren Grenzen verschieben.

Käme es zu einer Ausgrenzung der Emigrationsgeschichte aus der Gesamtgeschichte der Regimegegnerschaft, so wäre dies Ausdruck einer bruchlosen Anknüpfung an Deutungen der fünfziger Jahre, so wäre dies die Relativierung einer Reputation, die seit den fünfziger Jahren gerade die Angehörigen der Emigration – auch und gerade der politisch und kulturell bedingten – in Deutschland und in der Welt gefunden haben.

Dabei geht es keineswegs um die Unterscheidung in die Richtungen des Exils, die bereits in seiner räumlichen Verteilung deutlich werden. Sinnbild dieser Richtungen sind vielfach die Orte, an die sich Regimegegner aus Deutschland flüchten konnten: Prag und Wien, die Schweiz und Paris, Brüssel und Amsterdam, London und Moskau, Stockholm, auch Warschau, Ankara und Haifa, schließlich Marseille, Lissabon, die Hauptstädte Mittel- und Lateinamerikas, auch Shanghai und die Dominikanische Republik, schließlich die Städte der USA.

Es geht immer auch um die politischen Kontroversen innerhalb des Exils, die einerseits die politischen Konflikte der Weimarer Zeit aufnahmen, auch die innerparteilichen Kontroversen, die politischen Illusionen in der Einschätzung der Gegenwart und der Zukunft, andererseits auch die heftigen Konflikte innerhalb des Exils spiegelten, die aus den unterschiedlichen Antworten auf die Fragen der Zeit hervorgingen. Und diese Fragen rührten an den Grund politischer Existenz: Wie sollte man die Erfüllung der außenpolitischen Ziele, insbesondere die Revision des Versailler Vertrages bewerten, hatte man doch selbst diese Revisionen gefördert? Wie konnte man mit den unterschiedlichen und zudem wechselhaften Asylbedingungen in den Zufluchtsstaaten umgehen? Wie reagierte man auf die Herausforderung des Spanischen Bürgerkrieges, für

manche ein exemplarischer Kampf um die europäische Identität und Freiheit, für andere eine Stufe auf dem Weg zur politischen Macht, zur Hegemonie im Exil? Wie stellte man sich zu den Forderungen der Einheits- und Volksfront, zu den stalinistischen Säuberungen, den Schauprozessen, den Verfolgungen und schließlich zur Kumpanei der großen Diktatoren? Wie stellte man sich zu Deutschland, seiner Kultur und Geschichte, seiner Sprache und seinen Verbrechen? Was erhoffte man sich vom Krieg, schließlich von der Niederlage, vom Kampf gegen den Nationalsozialismus in den Armeen der Alliierten, in Dienststellen der deutschen Kriegsgegner, in den Propagandaeinrichtungen und Nachrichtenabteilungen, in den Stäben, die sich auf die Besetzung Deutschlands vorbereiteten?

Diese Fragen lenken den Blick auf das politische Wollen der Emigranten, in einer Phase der nationalsozialistischen Machterosion, die man trotz aller Hoffnungen nicht voraussehen konnte. Erst seit 1945 wissen wir, dass die deutsche NS-Diktatur weniger stabil war als die der westlichen Welt nützlichen autoritären Regime in Portugal und Spanien – deshalb vergessen wir zu schnell und zu leicht, wie unsicher die Lage der politischen Emigration war und wie schnell aus der trügerischen Sicherheit des Zufluchtsortes nach 1939 höchste Gefahr erwachsen konnte: Theodor Wolff, Johanna Kirchner, Rudolf Breitscheid stehen ebenso für die Gefährdung im Exil wie jene unvorstellbar vielen, die von Stalin nach Deutschland ausgeliefert wurden. Kirchner und Breitscheid waren von Vichy-Frankreich ausgeliefert worden und wurden ermordet; Theodor Wolff wurde von italienischen Faschisten verhaftet, ausgeliefert und starb an den Folgen der KZ-Haft.

Wir wissen von der Gefahr der Emigration, vom Risiko der Flucht, vom Leben im Exil, dem ja bereits in der Heiligen Schrift eine schwer auf der Seele liegende Belastung und den Menschen in seiner Menschlichkeit gefährdende Bedeutung zukommt. Und dennoch scheinen wir die Unterstellung zu akzeptieren, die Emigration sei aus der Unsicherheit im nationalsozialistischen Deutschland in die Sicherheit des Auslands erfolgt, fast so, als hätten die Zurückgebliebenen das ganze Risiko der deutschen Geschichte auf sich genommen.

Von dieser Deutung ist nur ein kleiner Schritt zur Schilderung einer angeblichen „Schattenexistenz“ der Emigranten, die in ihren Zufluchtsländern manchmal als „nützlich, meist als lästig empfunden und empfangen“ worden seien, angeblich aber immer als „entmachtet“ gegolten hätten. Schattenexistenz – dieser Begriff mag zutreffen für ihre Wahrnehmung durch den Widerstand im Umkreis des 20. Juli 1944, keineswegs beschreibt der Begriff aber das Feld aktiver Wirksamkeit im Ausland, das die Nationalsozialisten fürchteten, so sehr, dass sie sogar die Lebensverhältnisse des Exils beeinflussen wollten

und konnten. Dass sich die Regierungspläne der deutschen Militäropposition nicht auf die zurückkehrenden Exilpolitiker stützten, sprach nicht gegen diese, sondern zeigt nur, wie groß die Vorbehalte waren und auch in der Nachkriegszeit blieben.

Vergessen ist heute, dass erste Emigranten bereits vor 1933 Deutschland verließen, etwa Emil Julius Gumbel oder Vicky Baum, dass andere wussten, welcher Gefährdung sie bereits vor 1933 ausgesetzt waren und wie sich diese steigern musste im Augenblick der nationalsozialistischen Machtergreifung. Ich erinnere an Carl von Ossietzky, an Theodor Lessing – der im Exil sogar ermordet wurde –, an Friedrich Wolf und Erich Maria Remarque, auch Brecht, nicht zuletzt an Thomas Mann. Auch Einstein war ebenso wie Feuchtwanger bereits vor 1933 Opfer von Angriffen und Übergriffen, von Drohbriefen und selbst Überfällen geworden. Die wenigsten hatten aber ihre Flucht vorbereiten können und wollen – ihre Phantasie reichte so wenig wie bei den Regimegegnern, die im Lande blieben, dazu aus, sich vorzustellen, was Erosion des Rechtsstaates wirklich bedeuten konnte. Die arrivierten Emigranten stellten überdies die Minderheit, denn der durchschnittliche politische Flüchtling war jung, hatte seine Ausbildung vielfach noch gar nicht abgeschlossen und stand vor der Herausforderung, sich eine eigenständige Existenz aufzubauen. Die Flucht erfolgte ins Nichts; Asyl – das war nicht die bequeme Sicherheit, sondern bedeutete das Risiko einer ungesicherten Existenz.

Zeitgenossen und Nachlebende taten sich schwer, dieses riskante Leben anzuerkennen, das Anna Seghers schließlich in ihrem Roman „Transit“ in seiner Ambivalenz als Metapher menschlicher Existenz im 20. Jahrhundert herausarbeitete. Dies hing sicherlich mit der Nachwirkung der Weimarer Kulturkonflikte, mit der Propaganda der Nationalsozialisten und mit den Problemen einer angemessenen Deutung des Exils nach der Befreiung vom Nationalsozialismus, sicherlich auch mit der politischen Differenzierung des deutschen Exils zusammen. Denn wir fanden hier Sozialisten, Kommunisten, aber auch Konservative, sogar Nationalsozialisten.

Diese Breite und Vielfalt machte es dem Widerstand ebenso schwer wie dem Exil, zunächst einmal Verständnis zu finden. Und eine Deutung fiel umso schwerer, als in der SBZ offensichtlich einige zurückgekehrte Emigranten, überwiegend aus Moskau, aber auch aus dem Westen, politischen Einfluss gewannen und in der Bundesrepublik ehemalige Nationalsozialisten weiterwirkten, ohne dass ihnen die selbstkritische Klärung abverlangt wurde. Dies war der Preis der Integration der Gesellschaft, nicht alle Konflikte zwischen Opfern und Verfolgern, Rechtsbrechern und Davongekommenen aufbrechen zu lassen.

VII.

Oft wird der Verlust des Zeitzeugen beklagt. Diese Klage kann nicht ständig wiederholt und auch nicht relativiert werden, so sehr auch manche Zeitzeugengespräche deutlich machen, wie wenig verlässlich die Erinnerung ist. Erinnerung ist immer präzise, wenn es um Befindlichkeiten, Wahrnehmungen, Stimmungen etwa der Bedrohung, der Angst und Unsicherheit geht. Sie ist unpräzise, wenn es um Fakten geht. Aber wenn es nicht darum geht, sondern um die Weitergabe von Lebens- und Überlebensgefühlen, dann werden die Nachlebenden wichtiger. Sie wurden im Laufe ihrer Beschäftigung oftmals zu Zeugen der Zeugen. Das gilt für Verfolgung, für Widerstand und für Exil. Nehmen wir diesen Auftrag, diesen Wunsch bedeutender Emigrantinnen und Emigranten wie Keilson, Sahl und Goldschmidt an: Sie machten Historiker zu „Zeugen der Zeugen“, und fast alle Historiker des Widerstands und des Exils bleiben es. Das ist auch eine Verpflichtung, eine Aufgabe, eine Herausforderung, die niemand einfach in den Alltag anderer Forschungsgegenstände entlässt. Als „Zeugen von Zeugen“ wissen die Historiker und Historikerinnen auch, wo sie in Zukunft zu stehen, wofür sie einzustehen haben, wenn sich der Geschichtsrevisionismus und -relativismus ausbreitet.

Zeugen von Zeugen sind wir aber auch, wenn wir heute den Journalisten folgen, die Schicksale von Flüchtenden schildern, auf den verschiedenen Fluchtrouten, unter den widrigsten Bedingungen. Es kommt nicht darauf an, sich zu fragen, wie man sich in einer anderen Situation zu einer anderen Zeit verhalten hätte, sondern sich der Frage zu stellen: „Wie verhalte ich mich hier und heute?“

Um Klarheit zu schaffen, kann die Konfrontation mit dem Exil in der Zeit des NS-Regimes helfen. Deshalb sind die Romane, Gedichte, Briefe und Artikel der Zeitzeugen und Zeitzeuginnen so wichtig und kostbar. Sie gaben politisch nicht auf, aber auch Maßstäbe politischer Zivilisation nicht preis. Texte, die wir Menschen verdanken, die „mit dem Gesicht nach Deutschland“, d. h. gegen das NS-Regime standen, trugen zum demokratischen und humanitären Welterinnerungserbe bei. Für sie begann nach der Befreiung von der NS-Herrschaft eine neue Herausforderung: die Zivilisierung der Gesellschaft als Voraussetzung eines Zusammenlebens in Freiheit, in Achtung vor Minderheiten, aus dem Bewusstsein, dass gerade die Vielfalt das Größte an der Menschheit ist.